Scharfe Worte
gegen die Tätigkeit des Völkerbundes.

Im **Schweizer Nationalrat** brachte gelegentlich der Debatte über den Geschäftsbericht des Bundesrates für 1922 der katholisch-konservative Abgeordnete Mueller (Luzern) auch **die Tätigkeit der schweizerischen Delegation im Völkerbund** zur Sprache. Er führte dabei unter anderem aus: Das Volk hat in den letzten Jahren so großes Interesse an der internationalen Politik gewonnen, daß wir keine Vogelstrauß-Politik mehr treiben können und dürfen. Ich erinnere an die Zustände im **Ruhrgebiet**, wo **Urteile** gesprochen werden, die an vergangene Zeiten der **Barbarei** erinnern, Urteile, die uns erbeben machen. Man mutet uns heute zu, zu schweigen, man war früher bei uns, gerade in den ersten Jahren der Eidgenossenschaft, nicht so rücksichtsvoll und man schwieg nicht, als sich Ungerechtigkeiten zeigten. Heute scheint das **Rechtsgefühl eingeschlafen** zu sein. Der Völkerbund handelt nach dem Wort im Gleichnis vom barmherzigen Samariter: „Er sah ihn und ging vorüber." Bis jetzt ist der Völkerbund nicht gegen die Gewalttätigkeiten eines seiner Mitglieder vorgegangen. Man darf nicht einmal davon sprechen. Das hat in unserem **Volke einen bitteren Unmut erweckt**, und darum verwirft es, was von Bern kommt, weil es sich von den Bundesvätern nicht ein zweites Mal anlügen lassen will. Man hat das Volk getäuscht mit den Ausgaben, die viel höher sind, als man sagte. Wie in Norwegen wird auch in der Schweiz eine Initiative für den Austritt aus dem Völkerbund kommen, wenn er weiterhin Probleme, die schreiend nach seinem Eingreifen verlangen, unbeachtet läßt. Gegner des Völkerbundes haben diese Entwicklung vorausgesehen und alle ihre Befürchtungen haben sich leider erfüllt. Vertreter der Schweiz brauchen im Völkerbund nicht Hanswampf in allen Gassen zu sein. Mit Freuden anerkennen wir die Tätigkeit des Herrn Bundesrates Motta und wir könnten nicht zugeben, daß er in unserer Völkerbundsdelegation ersetzt werden soll. Wir wollen im Völkerbunde tun, was wir können. Erweist sich dabei die Arbeit als unnütz, so wollen wir lieber austreten.

Eine große Rede Severings.

Im preußischen Landtage nahm am Dienstag der Minister des Innern, Severing, das Wort, um seine Politik zu rechtfertigen und die schweren Angriffe der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen seine Person und gegen die Art seiner Amtsführung zurückzuweisen. Er mahnte zur Arbeit und Ruhe und schilderte die wirtschaftliche Not der Bevölkerung des Ruhrgebietes, sagte den Wucherern den schärfsten Kampf an, beschäftigte sich mit dem Landarbeiterstreik in Schlesien, erneute seine Erklärungen, daß er diejenigen für staatsgefährlich halte, die im Geheimen rüsten und über Gelder und Waffenbestände verfügen und Kraft nur vortäuschen, wies Angriffe der deutschnationalen Presse gegen seine Person zurück und forderte dazu auf, den Einfluß der Gewerkschaften zu stärken. Den breitesten Raum seiner Darlegungen nahm noch die Schilderung des Kommunistenaufstandes im Ruhrgebiet ein. Er wies nach, wie die Kommunisten die wahren Urheber der Verwirrung gewesen sind. Sodann beschäftigte sich der Minister eingehend mit Schlageter. Mit der Aufforderung an alle, die guten Willens sind, am Aufbau des Vaterlandes mitzuhelfen, schloß der Minister seine zweistündige auf der äußersten Rechten und äußersten Linken mit Zwischenrufen und Zischen, in der Mitte beifällig aufgenommene Rede. Heftige Angriffe der Deutschnationalen und Kommunisten bildeten den Schluß.

Protest der Reichsregierung gegen die Verordnungen der Interalliierten Rheinland-Kommission.

Seit der Beseitigung des Reichskommissariats in Koblenz **fährt** die Interalliierte Rheinlandkommission fort, **rechtswidrige Verordnungen für das besetzte Gebiet** zu erlassen, **gegen welche von der deutschen Regierung durch ihre Vertretungen in Paris**, London und Brüssel bei den dortigen Regierungen Verwahrung eingelegt worden ist.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Anfrage der deutschnationalen Volkspartei. Die deutschnationale Volkspartei hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zum Schutze der wichtigen landwirtschaftlichen Arbeit und der Arbeitswilligen zu treffen?

Heinz Hauenstein dementiert den „Vorwärts". Zu der vom „Vorwärts" veröffentlichten Meldung, Schlageter sei von Nationalisten verraten worden, die Angehörige der Organisationen Roßbach und „Heinz" seien, wird dem hiesigen Vertreter der Telegraphenunion von Heinz Hauenstein, der sich zufällig in Dresden aufhielt, mitgeteilt, daß die beiden des Verrats beschuldigten und festgenommenen Nationalsozialisten keinesfalls Angehörige der Organisation „Heinz" (Hauenstein) seien, wohl aber der Organisation Roßbach angehören.

Ein Antrag der D. V. P. zur Neuregelung der Steuergesetzgebung. Die Deutsche Volkspartei hat eine von allen Parteien unterstützte Entschließung zum Landessteuergesetzentwurf eingebracht, welche die Reichsregierung ersucht, mit allen Kräften eine Neuregelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reiche und den Ländern in der Richtung in Angriff zu nehmen, daß die bisherige Zuschußwirtschaft beseitigt und den Ländern sowie den Kommunen die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung wiedergegeben wird. Zu diesem Zwecke soll eine große Verteilung der Steuerquellen zwischen dem Reiche und den Ländern erfolgen, dem Reiche aber als den in erster Linie in Frage kommenden Träger der Kriegslasten den hierbei erforderlichen Vorrang zu sichern. Die in öffentlicher Hand befindlichen Verwaltungen dürfen von den allgemeinen Steuerlasten nicht ausgenommen werden.

Um den Marksturz. Der Reichskanzler hatte vorgestern und gestern eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken. Gegenstand der Beratung waren die Maßnahmen, durch die dem Sturz der Mark Einhalt geboten werden soll. Die Besprechungen ergaben die volle Uebereinstimmung aller Beteiligten, daß der gegenwärtige Markkurs unter das wirtschaftlich und politisch berechtigte Maß herabgedrückt ist. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, daß die Besprechungen alsbald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können.

Neue Teuerungskundgebungen in Berlin. Auf dem Wochenmarkt in Schöneberg ist es gestern zu Kundgebungen wegen der hohen Preise gekommen. Die Abhaltung des Wochenmarktes unterblieb, doch gelang es, die aufgeregten Frauen zu besänftigen und zum Fortgang zu bewegen, sodaß auch die alarmierte Polizei wieder abrücken konnte.

Brüderliche Unterstützung der bedrängten Eisenbahner im Ruhrgebiet. Zu der Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs durch die Besetzung sämtlicher Bahnhöfe und Eisenbahnwerkstätten und zu der französischen Drohung, in Zukunft alle Eisenbahner auszuweisen, wenn sie nicht gewillt sind, für die französische Regie zu arbeiten, haben die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten von Groß-Dortmund eine Kundgebung erlassen, in der sie den Eisenbahnern ihre tatkräftigste Hilfe und brüderliche Unterstützung zusichern, ihre innigste Anteilnahme an dem beklagenswerten Schicksal der Eisenbahner aussprechen und zur Ruhe und Besonnenheit auffordern.

Lohnregelung in der Metallindustrie. In den Verhandlungen zwischen einer Kommission des Verbandes der Berliner Metallindustriellen und des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist es vorbehaltlich der Zustimmung der beiden Verbände zu folgender Lohnregelung gekommen: Die Stundenlöhne werden in Klasse 1 in der ersten Juniwoche auf 3100 Mark, in der zweiten auf 4000 Mark, in der dritten auf 5500 Mark und in der vierten auf 6500 Mark erhöht.

Polen.

Ausweisung von 16 Danzigern. Wie die Polnische Telegraphenagentur gestern in später Abendstunde mitteilte, hat die Polnische Regierung als Vergeltung für die Verweigerung der Beschäftigungserlaubnis für 16 polnische Staatsangehörige in Danzig die gleiche Anzahl Danziger Staatsangehöriger aus Polen ausgewiesen. Die polnische Note erklärte, daß sie das Beschäftigungsverbot für gleichbedeutend mit der Ausweisung erachte.

Bulgarien.

Die griechischen Beziehungen zu Bulgarien wieder aufgenommen. Nach Blättermeldungen hat die griechische Regierung im Einvernehmen mit den übrigen Mächten ihrem Geschäftsträger in Sofia die Anweisung erteilt, die Beziehungen zu Bulgarien wieder aufzunehmen.

Frankreich.

Besserung des französischen Budgets. Am Dienstag stimmte die Kammer über das öffentliche Anschlagen der Rede Poincarés über die innere Politik ab. 357 Stimmen waren dafür, 200 dagegen. Dann wurde die Wahlreform besprochen. Der Senat setzte die Budget-Besprechungen fort. Der Finanzminister Lasteyrie stellte eine Besserung der Budgetlage fest. Die Sonderkonten aus dem Kriege sind verschwunden, die öffentlichen Ausgaben nehmen ab, die Einnahmen steigen, die befreiten Gebiete stehen in voller Wiedergeburt.

Spanien.

Eine neue politische Partei in Spanien. Eine Gruppe von Abgeordneten aus Catalonien hat sich zur Bildung einer neuen Partei in der spanischen Kammer zusammengeschlossen, um bei den bevorstehenden Debatten über die Lage in Barcelona gemeinsam vorgehen zu können. Die neue Partei nennt sich „catalonische republikanische Linke" und tritt für schärfstes Vorgehen auf dem Wunsche Cataloniens nach völliger Unabhängigkeit von Spanien ein.

Rußland.

Rußland gegen den Haager Schiedsgerichtshof. Das Korrespondenzbureau meldet: Auf eine Mitteilung des Sekretariats des Ständigen internationalen Gerichtshofes, daß die Frage Ostkareliens als erste auf der gestern eröffneten Session des Ständigen internationalen Gerichtshofes behandelt werden würde, ist ein langes Telegramm Tschitscherins eingetroffen, das besagt, die russische Regierung sei nicht in der Lage, an einem Verfahren teilzunehmen, das sie formell und sachlich für ungesetzlich halte. Abgesehen davon, daß die Frage der Stellung Ostkareliens eine innere Angelegenheit der russischen Föderation sei, könne die Sowjetregierung den internationalen Gerichtshof nicht als unparteiische Körperschaft betrachten.

Amerika.

Amerika und die Finanzlage Europas. Der amerikanische Schatzsekretär Mellon wird sich am Sonnabend nach England einschiffen, um mit Baldwin über die Finanzlage Europas zu konferieren. Geddes, der britische Botschafter in Washington, hat am gestrigen Dienstag ein Zusatzprotokoll zum englisch-amerikanischen Abkommen über die britischen Kriegsschulden unterzeichnet. — Chicago Tribune meldet aus Washington, der amerikanische Botschafter in London, Harvey, der im Juli nach England zurückkehren wolle, werde in persönlicher inoffizieller Eigenschaft die englischen Bemühungen zur Regelung der Reparationsfrage unterstützen.

Unsere Postbezieher

die es bisher versäumt haben, das Abonnement für Monat Juli zu erneuern, werden gebeten, dies nunmehr sofort zu tun, weil sonst Unterbrechungen in der Zustellung unausbleiblich sind.

Riesaer Tageblatt.

Sächsischer Landtag.

Mit. Dresden, 19. Juni 1923.

In der heutigen 44. Sitzung wurden die ersten Kapitel des Haushaltsplanes erledigt. Zunächst fand die Abstimmung über die in der Sitzung vom 12. Juni beratenen Anträge statt. U. a. wird der kommunistische Antrag auf **Verbot der Einsetzung der Technischen Nothilfe** in Sachsen **abgelehnt.** Der Antrag auf **Aufhebung des süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof** zum Schutze der Republik findet in namentlicher Abstimmung mit 45 Stimmen der Sozialisten gegen 36 Stimmen der drei bürgerlichen Parteien **Annahme.**

Es folgt die zweite Beratung über den Gesetzentwurf über eine vierte Abänderung des **Stempelsteuergesetzes.**

Vizepräsident **Bünger** (DVp.) erstattet den Bericht und empfiehlt Annahme des Gesetzes mit den vom Ausschuß beschlossenen Abänderungen, die sich aus der Geldentwertung ergeben. — Dies geschieht einstimmig.

Es werden nach den Einstellungen genehmigt die Kapitel betr. Abgaben, Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz, Versuchs- und Beispielsgärtnerei Pillnitz, ein Gesuch des Verwaltungsrats der Kinderheilanstalt Dresden um Gewährung einer Beihilfe von 12 Millionen Mark zur Unterhaltung der Anstalt. Ferner die Kapitel **Amtliche Kriegerfürsorge, Landesgesundheitsamt,** Untersuchungsanstalten für öffentliche Gesundheitspflege, Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, Akademie für Kunstgewerbe und Kunstgewerbemuseum zu Dresden sowie Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen, Gewerbeakademie, Bauschule, Maschinenbauschule, Färbereischule und Gewerbelehrerbildungsanstalt in Chemnitz, Staatsbauschulen zu Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau, **Reichsversicherung, Reichsversorgung und Unfallfürsorge für Gefangene,** Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und des Wirtschaftsministeriums, Botanischer Garten in Dresden, Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höhere Mädchenbildungsanstalten, Seminare, Deutsche Ober- und Aufbauschulen.

Bei der Besprechung der letzteren Kapitel nimmt Abg. **Rammelsberg** (Dn.) die Lehrerschaft gegen die Angriffe von linksradikaler Seite in Schutz. Mit der Schulgeldminderung seien seine Parteifreunde einverstanden, die Umlegung einer Schulsteuer lehnten sie ab.

Abg. **Schneller** (Kom.) beklagt sich über die angeblich nationalistisch eingestellten Lehrpläne der höheren Schulen.

Abg. **Siegert** (Dn.): Der Gruppe der entschiedenen Schulreformer, in deren Namen der Vorredner gesprochen habe, komme nicht so große Bedeutung zu. Ueber die Güte eines Lehrplanes entscheide weder Herr Schneller noch Herr Arzt, sondern die Tatsache, daß dem Schüler der Weg geebnet wird für die allgemeinen Wahrheiten der Geschichte und dazu gehört, daß große Leistungen eines Volkes nur zustande kommen unter der Führung großer Persönlichkeiten. Seine Freunde wünschten Schulreformen, aber es dürfe an unseren höheren Schulen nicht von Leuten herumgedoktort werden, die nichts davon verstehen.

Ministerialdirektor Dr. **Michel** und Geheimrat Dr. **Menzke-Glückert** weisen die vom Abg. Schneller gegen die höheren Schulen und deren Lehrerschaft erhobenen Vorwürfe zurück. Letzterer verteidigt den Geschichtslehrplan des Sächsischen Philologen-Vereins. Es finden aber dauernd Erwägungen statt, ihn zu verbessern.

Weiter wird beraten über einen kommunistischen Antrag auf Einführung der

Lernmittelfreiheit.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, genügend Mittel bereitzustellen, um den Kindern minderbemittelter Familien an Volks-, Fortbildungs- und höheren Schulen die Lernmittel unentgeltlich abzugeben; die vom Reich für die Länder zur Abgabe unentgeltlicher Lernmittel vorgesehenen Summen anzufordern und dafür einzutreten, daß sie der fortschreitenden Geldentwertung entsprechend erhöht werden; durch Verordnung, alle Schulen zu veranlassen, Hilfsbüchereien einzurichten und allgemeine Richtlinien über Sparmaßnahmen im Gebrauch der Lernmittel unter Mitwirkung der beteiligten Kreise aufzustellen.

Sodann werden die Einstellungen bewilligt bei den Kapiteln Ruhegelder, Landespferdezucht, Auflösung der vormaligen Hofhaltungen, Leistungen auf Grund des vormaligen Königlichen Hausgesetzes, Verzinsung der Staatsschulden, Tilgung der Staatsschulden, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten, Stenographisches Landesamt, Allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten, Volksheilstätten und Staatsanstalt für Krankengymnastik und Massage, zu Zwecken der staatlichen und anderen gewerblichen und Handelsschulen im allgemeinen, Wegebau, Wegeunterhaltungs- und Wasserbauunterstützungen, sowie Aufwendungen für wasserpolizeiliche Zwecke, Verwaltung des gemeinschaftlichen Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt, Katholisch-geistliche Behörden, Großer Garten und sonstige staatliche Gartenanlagen in Dresden, Alters- und Landeskulturrentenbank, Albrechtsburg in Meißen, Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereiche des Finanzministeriums, Gebäude- und Maschinenversicherung und Personen- und Besoldungsplan der Landesbrandversicherungsanstalt auf das Jahr 1923.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 21. Juni, nachmittags 1 Uhr

Gerichtssaal.

—g. **Das Dresdner Schwurgericht** sprach die aus Lichtenhain gebürtige Hausangestellte Elsa Pels, die nach ihrem Geständnisse am 6. März gleich nach der Geburt das zweite uneheliche Kind durch Schläge auf den Kopf getötet, von der Anklage der vorsätzlichen Kindestötung durch Verneinung der Schuldfrage frei. Menschliches Mitgefühl hatte die Geschworenen bewogen, die von ihrem Liebhaber betrogene Kindesmutter nicht auf längere Zeit in das Gefängnis zu stecken.

—g. **Das Marktstandgericht zu Dresden** verurteilte durch rechtskräftig gewordene Strafbefehle wegen Preistreiberei mit Schlachtvieh den Viehhändler Hermann Paul **Ehrlich aus Großenhain** zu 500 000 Mark Geldstrafe. Ferner wird von Ehrlich ein Schwein eingezogen.

Turnen, Sport und Spiel.

Riesaer Sport-Verein 1. Jugend zum 3. Male Jugendmeister des Gaues Nordsachsen im V. M. V. V. Am vergangenen Sonntag standen sich im Schlußspiel um die Jugendmeisterschaft die 1. Jugend des Riesaer Sport-Vereins und die 1. Jugend des F. C. Geringswalde auf dem Schwarzen Platze gegenüber. In schönem Spiel von Mann zu Mann wird der Jugendmeister dem gegnerischen Tore sofort gefährlich. Hier steht jedoch eine gute Verteidigung, die die Angriffe ins Feld zurückrollen läßt. Die Durchbrüche des Gegners scheitern zumeist an der äußerst aufmerksamen R.S.V.-Läuferreihe und was hier vorbeigeht, ist leichte Sache der Verteidigung. Vor der Pause gelingt es den Heimischen, bei einem schön vorgetragenen Angriff durch den Linksaußen, mit Bombenschuß das einzige Tor zu erzielen. Eine nie wiederkehrende Torgelegenheit für Geringswalde, ein schön aufs Tor gegebener hoher Flankenball, wird durch den Torwächter auf Kosten einer Ecke unschädlich gemacht. Nach der Halbzeit wickelt sich das Spiel vorwiegend im Felde des Gegners ab. Aber die saubere Zusammenarbeit kommt und kommt zu keinem Erfolg, da die gegnerische Verteidigung immer im letzten Augenblick, wo der Jugendmeister zum Schuß ansetzen will, dazwischen fährt und das Schußfeld versperrt. In immer neuen Angriffen können durch die vielbeinige Verteidigung nur Ecken erzielt werden. Alle Stürmer machen anstrengende Versuche, den gegnerischen Torwart, der mit viel Glück die unglaublichsten Sachen hielt, zu überwinden. Nichts will trotz schönen Zusammenspieles gelingen. Beim Stande von 1:0 und einem Eckenverhältnis von 12:2 endete der Meisterschaftskampf. Der Sieg ist dem besten Vertreter in der Jugendklasse zuteil geworden. Das Spiel des Jugendmeisters, der auf seiner Süddeutschlandreise vieles gelernt hatte, war vorbildlich in Bezug auf Zusammenspiel, Technik und Taktik. Man sah, besonders in der 2. Halbzeit, schöne Sachen im genauen Dreiinnenspiel, unter weitestgehender Zuhilfenahme der Läufer beim Angriff. Der Jugendmeister hat mit diesem Spiele seine sämtlichen Verbandsspiele zweimal trat der Gegner nicht an, ungeschlagen beendet, mit einem Torverhältnis von 57:4. In Gesellschaftsspielen standen ihm beste deutsche Jugendmannschaften gegenüber und mußten seine große Spielstärke anerkennen. Für das neue Verbandsjahr steht wieder eine gute Jugendelf zur Verfügung, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. — **Die 1. Knaben** der beiderseitigen obenerwähnten Vereine trugen ebenfalls das Vorspiel um die **Knabenmeisterschaft des Gaues Nordsachsen** aus. Hier wurden unsere Kleinen, die im Felde jederzeit ihrem Gegner technisch und taktisch überlegen waren, im Torschießen bei der äußerst kräftigen Geringswalder Hintermannschaft vor eine große Aufgabe gestellt. Daß Tore trotzdem erzielt wurden, lag an der schönen Zusammenarbeit des Sturmes. Halbrechts konnte vor Halbzeit mit scharfem Schuß das 1. Tor schießen. Durch Hand-Elfmeter gleicht Geringswalde aus. Erst kurz vor Schluß gelingt es dem Mittelläufer, über die vielbeinige Verteidigung hinweg, das siegbringende Tor zu erzielen. Das Schlußspiel findet am 5. 8. in Geringswalde statt. — Die 3. Jugend gewann gegen V. f. B. Riesa-Gröba 2. Jugend nach überlegenem Spiele mit 4:0.

Verein für Bewegungsspiele Riesa-Gröba e. V. Radsport. Riesa wird kommenden Sonntag der Wendepunkt des großen Amateurstraßenpreises „Parthe—Elbe" sein. Die Rennfahrer verlassen früh Borsdorf bei Leipzig und werden gegen ½8 Uhr, von Paußitz kommend, voraussichtlich die Paußitzer-, Goethe-, Carola-, Bismarckstraße passieren. Besonders interessant wird es für das Publikum der hiesigen Gegend sein, da unser Mitglied [illegible] Dietrich-Gröba, der Bergmeister von 1922, diesmal auch bestimmt mit startet. Hotel Stadt Dresden soll als Kontroll-Stelle auserlesen worden sein.